

# BÜNDNIS FÜR EIN SANKTIONSMORATORIUM

## DEN SANKTIONSPARAGRAPHEN AUSSETZEN!

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 13. August 2009

### Bündnis fordert ein Moratorium für Hartz-IV-Sanktionen!

*Am heutigen Donnerstag hat ein Bündnis aus Politik, Wissenschaft und Erwerbsloseninitiativen einen Aufruf zur Aussetzung der Hartz-IV-Sanktionen vorgestellt, der von über hundert namhaften Personen und Organisationen aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen unterzeichnet wurde.*

Der Aufruf wurde verfasst von **Tacheles e.V.** (Wuppertal), **Prof. Dr. jur. Helga Spindler** (Universität Duisburg-Essen), **Prof. Dr. Franz Segbers** (Universität Marburg), **Prof. Dr. Claus Offe** (Hertie School of Governance), **Prof. Dr. Stephan Lessenich** (Friedrich-Schiller-Universität Jena), **Markus Kurth MdB** (Bündnis 90/Die Grünen), **Katja Kipping MdB** (DIE LINKE), **Jürgen Habich** (Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen – Gegen Einkommensarmut und Ausgrenzung e.V.), **Franziska Drohsel** (Bundesvorsitzende der Jusos), **Prof. Dr. Klaus Dörre** (Friedrich-Schiller-Universität Jena) und der **AG Sanktionen** der Berliner Kampagne gegen Hartz IV.

Im Jahr 2008 waren 789.000 Erwerbslose von Sanktionen betroffen, mit denen ihr Existenzminimum gekürzt oder sogar gestrichen wurde. In vielen Fällen war dies willkürlich und rechtswidrig. Die Initiator/innen des Aufrufes halten angesichts der hohen Zahl erfolgreicher Widersprüche (41,5 %) und Klagen (65,3 %) und der katastrophalen Personalsituation in den Jobcentern wie auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise einen sofortigen Stopp der gegenwärtigen Sanktionspraxis und ein Überdenken der Sanktionsregelungen für dringend notwendig.

Der Zustand, dass Tausenden das zum Leben Notwendigste gestrichen wird, ist nicht hinnehmbar. Das hat die Beteiligten im Bündnis zusammengeführt – allen politischen Unterschieden zum Trotz. Beim Thema Sanktionen reichen die Haltungen der Bündnismitglieder von der Vorstellung, dass Geldkürzungen zur Verhaltenslenkung bei Erwerbslosen in gewissem Maße legitim seien, keineswegs jedoch im gegenwärtigen Umfang, bis zur Forderung nach einer generellen Abschaffung von Sanktionen, nicht zuletzt aus grundrechtlichen Erwägungen. Was die Bündnismitglieder eint, ist die Überzeugung, dass angesichts der gegenwärtigen Zustände in den JobCentern der Vollzug von Sanktionen sofort gestoppt werden muss.

Anlässlich der Pressekonferenz erläuterten einige Bündnismitglieder, warum sie für ein Sanktionsmoratorium eintreten. **Markus Kurth** sagte: *„Die Sanktionen im SGB II sind derzeit nicht zielführend, sondern werden von den Betroffenen als Schikane erlebt. Deshalb müssen sie jetzt ausgesetzt werden. Verwerflich sind nicht Fehler, sondern das Festhalten an einem offensichtlichen Fehler der Hartz-IV-Gesetzgebung.“* **Katja Kipping** führte aus: *„Ein sofortiges Sanktionsmoratorium sehe ich als einen ersten Schritt in die richtige Richtung an – nämlich in die Richtung einer grundrechtskonformen Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme. Ich setze mich für die sofortige Abschaffung des Sanktionsparagrafen 31 ein.“* **Franziska Drohsel** erläuterte: *„Arbeitslosigkeit hat vielfältige Ursachen und kann nicht durch Druck und Repression beseitigt werden. Sanktionen sind kein akzeptables Mittel. Sie verschlimmern lediglich die Situation für die Betroffenen.“* **Frank Jäger** vom Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles e.V. berichtete aus der Beratungspraxis: *„Sanktionen brechen über Erwerbslose*

herein wie eine Katastrophe.“ **Jürgen Habich** meinte: „Mit dem Instrument der Sanktionen schaffen die Behörden keinen einzigen Arbeitsplatz, sondern schüren die Angst und die Hilflosigkeit der Leistungsberechtigten und stehen deshalb einer Vermittlung in Arbeit eher entgegen.“ Der Soziologe **Klaus Dörre** stellte fest: „Ein Sanktionsmoratorium ist ein erster, im Grunde überfälliger Schritt, um die Härten des neuen Arbeitsmarktregimes zu mildern.“ **Helga Spindler** führte aus: „Warum engagiere ich mich als Sozialjuristin für ein Moratorium bei Sanktionen, mit denen ich lange Zeit leben konnte? Die überstürzte Umorganisation der Arbeitsverwaltung hat ein bis heute nicht bewältigtes Chaos ausgelöst, während die Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitslosen Schritt für Schritt abgebaut worden sind.“ **Franz Segbers**, Theologe und Pfarrer, erörterte: „Aus ethischer Sicht geht das Recht des Menschen auf Leben jeder Pflicht zu einer Gegenleistung voraus. Leistungskürzungen, durch die eine Grundsicherung unter die Schwelle des Existenzminimums gedrückt wird, verstoßen gegen die Menschenwürde.“ Der Soziologe **Stephan Lessenich** stellte fest: „Ein Sanktionsmoratorium wäre ein erster Schritt hin zu einem Sozialstaat, der seinen Namen verdienen würde, indem er seinen Bürgerinnen und Bürgern nicht mit Misstrauen und Zwang, sondern vielmehr mit Vertrauen und Unterstützung begegnet.“

Zu den Erstunterzeichner/innen des Aufrufs gehören die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e.V. **Heidi Merk** und ihre Amtsvorgängerin **Barbara Stolterfoht**, der ver.di-Vorsitzende **Frank Bsirske**, der Kabarettist **Dieter Hildebrandt**, die Bundesvorsitzende der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschland **Birgit Zenker**, der Präsident des P.E.N.-Zentrums Deutschland **Johano Strasser**, die Direktorin des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg Schlesische Oberlausitz **Susanne Kahl-Passoth**, der Bundesvorsitzende der Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen **Dieter Hummel**, die Malerin **ANTOINETTE**, der Musiker **Sebastian Krumbiegel** (DIE PRINZEN), das **Bundesjugendwerk der AWO e.V.**, die Soziologin **Gisela Notz**, der Konflikt- und Gewaltforscher **Wilhelm Heitmeyer**, der Journalist **Günter Wallraff** sowie bekannte Politiker/innen aus vier Parteien.

Den vollständigen Aufruf, die Liste der Erstunterzeichner/innen, Stellungnahmen der einzelnen Bündnismitglieder und Kontaktmöglichkeiten finden Sie unter:  
[www.sanktionsmoratorium.de](http://www.sanktionsmoratorium.de)

Für Rückfragen:

Claudia Daseking 030 - 78 89 19 92, mobil: 0172 - 3 81 81 53

Angelika Wernick 030 – 218 52 83

V.i.S.d.P.: Claudia Daseking, Grunewaldstr. 91, 10823 Berlin